



Gesuch um Kostengutsprache für Notunterkunft im im Rahmen der Soforthilfe

1. Personalien

Name:

Vorname:

Geburtsdatum:

Zivilstand:

Strasse/Haus-Nr.:

Wohnort:

Aufenthalt zur Zeit:

Nationalität:

wenn Ausländerin, bitte Bewilligung angeben:

Flüchtling ☐

Asylbewerberin ☐

Staatenlos ☐

(bitte ankreuzen)

Kinder:

Name:

Vorname:

Geburtsdatum:

Schule / Ausbildung:

2. Straftat

Datum:

Zeit:

Ort:

Beschreibung der Straftat, der aktuellen Situation sowie der Zukunftsperspektiven

Täter: bekannt ☐ unbekannt ☐

Name und Adresse des Täters

Name: Vorname:

Geburtsdatum: Heimatort:

Strasse / Haus-Nr.: Wohnort:

Tel.-Nr. P / G:

Nationalität: Bewilligung:

Wird die Frau durch den Täter weiterhin bedroht?

☐ ja (Beweise) ☐ nein

Wenn ja, wie:

Wurde die Polizei beigezogen? ☐ ja ☐ nein
Dienststelle:

Wurde Strafanzeige erstattet? ☐ ja ☐ nein
Wenn ja, wo:

Wurde ein Strafverfahren eingeleitet? ☐ ja ☐ nein
Wenn ja, wo:

Werden Zivilforderungen im Strafverfahren geltend gemacht? ☐ ja ☐ nein
Wenn ja, welche:

Wurde eine Anwältin beigezogen? ☐ ja ☐ nein

3. Ergänzende Angaben

Eheschutzmassnahmen / Vorsorgliche Massnahmen im Scheidungsverfahren?

☐ ja

☐ nein

Wenn ja, welche:

Liegt ein Arztbericht vor?

☐ ja (Beilage)

☐ nein

Name & Adresse:

4. Leistungen

(Die Angaben sind zu belegen) von bis .

Frau Tage à Fr. Fr.

1. Kind Tage à Fr. Fr.

2. Kind Tage à Fr. Fr.

3. Kind Tage à Fr. Fr.

Überbrückungshilfe Tage à Fr. Fr.

(maximal 5 Tage!) Tage à Fr. Fr.

Tage à Fr. Fr.

Tage à Fr. Fr.

Begründung für Überbrückungshilfe:

Ausserordentliche Kosten (Diverse SH)

Fr. _____

Begründung Diverse SH:

Übersetzungskosten

Stunden

Total Kostengutsprache

Fr. _____

Bezugsperson in der Notunterkunft:

Akteneinsicht, Auskünfte und Erklärung

1. Die Gesuchstellerin erklärt sich damit einverstanden, dass die Opferberatungsstelle und Opferhilfebehörde im Zusammenhang mit diesem Gesuch soweit notwendig bei den involvierten Amtsstellen (z.B. Polizei, Untersuchungsbehörden, Gerichte) und Sozial- und Privatversicherungen sowie den betroffenen Gemeindebehörden (Steuerbehörde, Einwohnerdienste) die entsprechenden Unterlagen einsieht und ediert.
2. Die Gesuchstellerin entbindet die involvierten Ärztinnen/Ärzte oder Therapeutinnen/Therapeuten sowie Anwälte/Anwältinnen von der Schweigepflicht und ermächtigt sie, der Opferberatungsstelle und der Opferhilfebehörde bezüglich der Straftat(en) vom Bericht zu erstatten und erforderliche Unterlagen auszuhändigen.

Insbesondere folgende Personen/Fachstellen entbinde ich von der Schweigepflicht:

3. Die Gesuchstellerin erklärt sich damit einverstanden, dass die Leistungen direkt an die Notunterkunft überwiesen werden.

Verwirkungsfrist Entschädigung und Genugtuung

Die gesuchstellende Frau bestätigt hiermit, über die Verwirkungsfrist von fünf Jahren nach der Tat für das Einreichen von Gesuchen für Entschädigung oder Genugtuung beim Amt für Justiz, Polizeigebäude, 6060 Sarnen, informiert worden zu sein.

Regress/Regressverzicht

Die gesuchstellende Frau bestätigt hiermit, dass sie über die Regresshandhabung des Kantons Obwalden informiert worden ist und das entsprechende Beiblatt unterschrieben hat.

Ort und Datum:

Unterschrift:

Bitte zurück senden an:

Sozialamt
Fachstelle Gesellschaftsfragen
Dorfplatz 4
6060 Sarnen
Tel. +41 41 666 62 56
opferhilfe@ow.ch
www.ow.ch